Stadt Frankfurt (Oder)
Stadtverordnetenversammlung

Anfrage

Vorlage-Nr:	**26/AFR/0779**
Status:	öffentlich
Einreicher/-in:	Gottfried Spieth und AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)
Datum:	26.06.2026

Maßnahmen der Stadt Frankfurt (Oder) zur Bekämpfung des Hausarzt- und Facharztmangels

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
30.06.2026	Dezernentenberatung
02.07.2026	Stadtverordnetenversammlung

Anfrage:

Eine wohnortnahe medizinische Versorgung gehört zu den grundlegenden Aufgaben der Daseinsvorsorge. Die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Besetzung von Haus- und Facharztpraxen führen bereits heute zu längeren Wartezeiten und erschweren insbesondere älteren Menschen sowie Familien den Zugang zu medizinischen Leistungen. Die Stadt sollte daher alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um die Attraktivität Frankfurts (Oder) als Niederlassungsstandort für Ärzte zu erhöhen und bestehende Förderinstrumente transparent darzustellen.

Der Mangel an Haus- und Fachärzten in Frankfurt (Oder) hat inzwischen ein Ausmaß erreicht, das die medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger zunehmend gefährdet. Nach Aussagen von Vertretern des Gesundheitswesens können die zuständigen übergeordneten ärztlichen Organisationen beziehungsweise die Kassenärztliche Vereinigung keine Ärzte nach Frankfurt (Oder) „delegieren“ oder verpflichtend ansiedeln.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, vor Ort geeignete materielle und ideelle Anreize zur Gewinnung und Bindung von Ärzten zu schaffen.

Im Ausschuss für Gesundheit, Gleichstellung, Soziales und Integration (GGSI) wurde dieses Problem in der jüngsten Sitzung intensiv diskutiert.

Dabei kam es offenbar zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen beteiligten Ärzten über die Wirksamkeit und Ausgestaltung möglicher Maßnahmen zur Bekämpfung des Ärztemangels.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Oberbürgermeister:

1. Wie bewertet die Stadtverwaltung die aktuelle Versorgungssituation mit Hausärzten und Fachärzten in Frankfurt (Oder)?

2. Welche konkreten Maßnahmen hat die Stadt in den vergangenen fünf Jahren ergriffen, um Haus- und Fachärzte für eine Niederlassung in Frankfurt (Oder) zu gewinnen?

3. Welche finanziellen Förderprogramme oder Zuschüsse stehen Ärzten zur Verfügung, die sich in Frankfurt (Oder) niederlassen möchten? Trifft die Aussage zu, dass sich neu niedergelassene Ärzte um einen öffentlichen Zuschuss in Höhe von bis zu 50.000 Euro bewerben können? Falls ja: Wer ist Träger dieses Förderprogramms?

4. Wie viele Ärzte haben diese Förderung bislang in Anspruch genommen?

5. Wie hoch waren die tatsächlich ausgezahlten Fördermittel?

6. Unterstützt die Stadt Ärzte zusätzlich bei der Suche nach Praxisräumen, Wohnraum, Kinderbetreuungsplätzen oder bei der Integration ihrer Familien? Wenn ja, in welcher Form?

7. Welche Gespräche führt die Stadtverwaltung mit dem Land Brandenburg, der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg, dem Klinikum Frankfurt (Oder) sowie weiteren Akteuren zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung?

8. Welche Maßnahmen sind derzeit geplant oder werden geprüft, um die Niederlassung von Haus- und Fachärzten künftig attraktiver zu gestalten?

9. Gibt es Überlegungen zur Einrichtung eines kommunalen Förderprogramms oder eines kommunalen Ärztestipendiums, um Medizinstudierende frühzeitig an den Standort Frankfurt (Oder) zu binden?

10. Wie bewertet die Stadtverwaltung die Ergebnisse der Diskussionen im Ausschuss GGSI und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus für ihr weiteres Handeln?

11. Um den Druck auf die verbliebenen Ärzte in Frankfurt (Oder) abzumildern, bestünde die Möglichkeit die sog. Gesundheitskarte für Flüchtlinge wieder abzuschaffen und die Verwaltung einzubeziehen. Man kehrt wieder zum Status vor der Einführung der Gesundheitskarte zurück. Der Asylbewerber resp. Flüchtling muss vor dem Arztbesuch eine Bestätigung der Verwaltung einholen. Wir fragen: Würde die Abschaffung den Druck auf die Ärzteschaft zumindest lindern?

Wir bitten um mündliche und schriftliche Beantwortung.

Anlagen:

1	26-AFR-0779 Antwort (öffentlich)

Diese Anfrage wird:

	direkt beantwortet von	
	schriftlich beantwortet	
	zurückgezogen	